

390208-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Planungsleistungen im Bauwesen – Erweiterung einer Mittagsbetreuung an der
Verbandsschule in Kalzhofen - ELT

OJ S 114/2025 17/06/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Schulverband Oberstaufen

E-Mail: josef.aichele@oberstaufen.info

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung
des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Bildung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Erweiterung einer Mittagsbetreuung an der Verbandsschule in Kalzhofen - ELT

Beschreibung: Der Auftrag umfasst die Planungsleistungen Technische Ausrüstung nach § 53
HOAI - ELT, ALG 4, 5, Leistungsphasen 1-9 für die Erweiterung einer Mittagsbetreuung an der
Verbandsschule in Kalzhofen

Kennung des Verfahrens: 2dd01a14-3507-41fc-ae2-dc83aedf68ca

Interne Kennung: ELT

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum
Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Oberstaufen

Postleitzahl: 87534

Land, Gliederung (NUTS): Oberallgäu (DE27E)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Der Bewerber wird darauf hingewiesen, dass Antworten auf
gestellte Fragen im Zuge des Teilnahmewettbewerbs (Bewerbungsverfahren) auf <https://www.staatsanzeiger-eservices.de/> eingestellt werden. Der Bewerber hat sich eigenverantwortlich
laufend darüber zu informieren. Fragen zu den Unterlagen dürfen nur über das Onlineportal
<https://www.staatsanzeiger-eservices.de/> gestellt werden. Der Auftraggeber behält sich vor, im
Teilnahmeantrag fehlende und unvollständige Erklärungen und Nachweise innerhalb einer zu
bestimmenden Nachfrist nachzufordern. Ein Anspruch der Bewerber, dass der Auftraggeber
von der Nachforderungsmöglichkeit Gebrauch macht, besteht nicht. Unklare, widersprüchliche
oder fehlende Angaben des Bewerbers in den Bewerbungsunterlagen gehen zulasten des

Bewerbers. Sämtlicher Schriftverkehr an Arbeitsgemeinschaften wird ausschließlich über die in der Vergabeplattform von der Arbeitsgemeinschaft bekannt gegebene E-Mail-Adresse geführt. Angaben zur Verhandlung: Unter Umständen fordert der öffentliche Auftraggeber die Bieter auf, ein finales Angebot (oder auch nur Teile des Angebotes) nach Verhandlung einzureichen. Gemäß EU-Verordnung 2022/576 ist es erforderlich, eine Eigenerklärung zum Russlandbezug abzugeben. Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 3 Monate

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgl -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Betrug: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Zahlungsunfähigkeit: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Erweiterung einer Mittagsbetreuung an der Verbandsschule in Kalzhofen - ELT

Beschreibung: Die um 1970 errichtete Schule stellt einen klassischen Fertigteile-Skelettbau dieser Zeit dar. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben wird erwartet, dass die bisherigen Räumlichkeiten der Mittagsbetreuung in der Mittelschule Oberstaufen zukünftig nicht mehr ausreichen. Es ist deshalb erforderlich eine Erweiterung durchzuführen. Die Erweiterung kann man sich hierbei als einen Anbau in Richtung Westen (Variante 1) oder als eine Aufstockung des Verwaltungsgebäudes (Variante 2) vorstellen. Im Vorplanungsstadium sollen hierbei beide Varianten untersucht werden und dann dem Schulverband zur Entscheidung vorgelegt werden. In Abstimmung mit der Schulleitung sollen hierbei nachfolgende Räumlichkeiten zusätzlich entstehen: - 5 Betreuungsräume á 80 m² (3 Räume nach Möglichkeit auch teilbar) - 1 Betreuungsraum á 50 m² - 1 Abstellraum á 30 m² - 1 Abstellraum ca. 30 m² im Außenbereich - 1 Putzraum - 1 Toilette (Not-Toilette) in jedem Stockwerk Mit dem erstellten Vorentwurf ist dann eine erste Abstimmung mit der Regierung von Schwaben durchzuführen. In Betracht kommen hierbei evtl. nachfolgende Förderprogramme: BayFAG, GAFÖG, KfW, evtl. Holzbauförderung. Mit Fertigstellung der Entwurfsplanung sind dann auch die kompletten Zuschussunterlagen zu liefern, damit diese dann vom Schulverband eingereicht werden können. Im Herbst 2025 soll der Eingabeplan und der Förderantrag gestellt und anschließend die Ausführungsplanung angegangen werden. Im Frühjahr 2026 soll mit dem Bau begonnen werden.

Interne Kennung: ELT

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Stufe 1 - LPH 1-2 Stufe 2 - LPH 3-4 Stufe 3 - LPH 5-7 Stufe 4 - LPH 8-9 Die Beauftragung erfolgt stufenweise, zunächst für die Stufe 1. Es ist beabsichtigt, weitere Stufen zu beauftragen. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung der Stufen 2-4 besteht jedoch nicht.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Oberstaufen

Postleitzahl: 87534

Land, Gliederung (NUTS): Oberallgäu (DE27E)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/10/2025

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2032

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die fristgerechte Vorlage (Abgabe mit Teilnahmeantrag) der geforderten Nachweise, Erklärungen und der vollständig ausgefüllte Bewerbungsbogen (rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle, technische, berufliche Leistungsfähigkeit, Teilnahmebedingungen) in Textform. Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Gesamtumsatz des Bewerbers für mit der hier ausgelobten Leistung vergleichbare Leistungen im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, maximal 2 Punkte.

Technische Leistungsfähigkeit Bürokapazität, Personalstärke, durchschnittliche Anzahl der festangestellten Beschäftigten in den letzten 3 Jahren mit Bezug auf die für die Leistung relevante Abteilung, maximal 4 Punkte. Referenzen Referenzen für Aufträge nach HOAI § 53 ff in Verbindung mit Anlage 15 bei denen die Leistungsphase 8 im Zeitraum von 01/2018 bis zum Tag der Absendung der Bekanntmachung abgeschlossen wurde (Referenz 1 und 2) und Referenz bei der die Leistungsphase 8 im Zeitraum von 01/2018 bis zum Tag der Absendung der Bekanntmachung begonnen wurde (Referenz 3). Es können maximal 5 Referenzen eingereicht werden, es müssen jedoch mindestens 2 wertbare Referenzen abgegeben werden, um im weiteren Verfahren Berücksichtigung zu finden. In die Bewertung werden jedoch nur die drei Referenzen mit der höchsten Punktzahl einbezogen (siehe Formblatt Eignungskriterien Teilnahmewettbewerb). Der Auftraggeber behält sich vor, Referenzauskünfte einzuholen. Beim Kriterium Referenzen können maximal 31 Punkte erreicht werden. Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punktzahl für die Auswahl maßgebend. Die Bewertung erfolgt nach folgender Aufstellung: maximale Punktzahl/Gewichtung/erreichte Punktzahl. Sofern mehrere Bewerber die Kriterien in gleichem Maße erfüllen, entscheidet gemäß § 75 (6) VgV das Los.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Für den Teilnahmeantrag ist ein Bewerbungsbogen zu verwenden, der unter <https://www.staatsanzeiger-eservices.de/> heruntergeladen werden kann. Zur Angabe der Nachweise ist der Bewerbungsbogen vollständig ausgefüllt in Textform mit Angabe des Namens der natürlichen Person einzureichen. Geforderte Nachweise sind: Soweit der Bewerber eintragungspflichtig ist: Auszug aus dem entsprechenden Register (z. B. Handelsregister) nicht älter als 12 Monate bezogen auf das Datum der Absendung der Bekanntmachung oder dem vergleichbaren Register des Heimatlandes des Bewerbers (ggf. in Kopie). Erklärung des Bewerbers, dass keine Ausschlussgründe gegen ihn vorliegen gemäß §§ 123 und 124 GWB. Die vollständigen, abschließenden Anforderungen bzw. Bedingungen ergeben sich ausschließlich aus den Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers für mit der hier ausgelobten Leistung vergleichbare Leistungen in Euro/netto im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre max. 2 Punkte bei ≥ 100.000 EUR netto. Bei Arbeitsgemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied der ARGE einzeln anzugeben. Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung durch Vorlage einer gültigen Versicherungsbestätigung bezogen auf den Tag der Abgabe des Teilnahmeantrags oder eine Bestätigung des Versicherungsunternehmens über die geforderte Deckung für das ausgelobte Projekt im Auftragsfall. Bei Arbeitsgemeinschaften muss eine Versicherung für alle ARGE-Mitglieder gemeinsam nachgewiesen werden. Die Bestätigung muss also gerade auf die Bietergemeinschaft lauten. Alternativ kann jedes ARGE-Mitglied alleine eine Versicherung in der geforderten Höhe nachweisen, jedoch muss jeder Versicherungsbestätigung entnommen werden können, dass die Tätigkeit der ARGE gesamtschuldnerisch mitversichert ist. Des Weiteren muss der Versicherungsbestätigung entnommen werden können, dass die geforderten Deckungssummen mindestens 2-fach pro Jahr zur Verfügung stehen. Die geforderten Mindestdeckungssummen belaufen sich für Personenschäden auf ≥ 3 Mio. EUR, für sonstige Schäden auf $\geq 1,0$ Mio. EUR. Sollten die Nachweise nicht entsprechend vorgelegt werden, erfolgt ein Ausschluss aus dem weiteren Verfahren.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit werden entsprechende Formblätter mit den Ausschreibungsunterlagen zur Verfügung gestellt. Durchschnitt der in den letzten 3 Jahren festgestellten Beschäftigten mit Bezug auf die für die Leistung relevante Abteilung max. 4 Punkte bei ≥ 3 festgestellten Mitarbeitern.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzen (die Angaben sind im Formblatt B zu machen, das Formblatt B ist hierzu entsprechend zu vervielfältigen und mit 1 bis 5 zu nummerieren), Referenzportfolio, Kontaktdaten des Auftraggebers, Auskunftsstelle, Art des Auftraggebers (informelle Angaben), Abschluss der Leistungsphase 8 zwingend im Zeitraum von 01/2018 bis zum Tag der Absendung der Bekanntmachung (Referenz 1 und 2), Beginn der Leistungsphase 8 zwingend im Zeitraum 01/2018 bis zum Tag der Absendung der Bekanntmachung (Referenz 3), geplante Anlagengruppen (max. 2 Punkte bei ALG 4, 5), erbrachte Leistungsphasen gemäß HOAI (max. 2 Punkte bei LPH 2-8), Gegenstand des Auftrags bei Sanierung, Umbau oder Neubau eines Gebäudes max. 2 Punkte, Projektgegenstand nach HOAI § 53 ff in Verbindung mit Anlage 15 für Gebäude mit Planungsanforderungen von mindestens Honorarzone II oder höher (max. 1 Punkt), Angabe der Größenordnung des Projektes (Bruttogeschossfläche in qm), bei Größenordnungen von $> \geq 600$ qm (max. 3 Punkte), für Baumaßnahmen an Bauten des Bildungswesens (max. 1 Punkt, nur bei Referenz 1). Auch bei Bewerbung als Arbeitsgemeinschaft können in Summe nur maximal 5 Referenzprojekte (Formblätter B maximal 5x) eingereicht werden. Die drei besten (höchste erreichte Punktzahl) Referenzen werden gewertet.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zugelassen ist, wer nach den Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur/in, Bachelor Professional, Techniker oder Meister zu tragen, verfügt oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur/in tätig zu werden. Die verantwortlichen Planer müssen über eine angemessene Berufserfahrung verfügen. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe eine/n entsprechende/n Ingenieur/in benennen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Kriterium:

Art: Preis

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EFFormsBekVuUrl?z_param=313016

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.staatsanzeiger-eservices.de/>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 18/07/2025 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, im Teilnahmeantrag fehlende und unvollständige Erklärungen und Nachweise innerhalb einer zu bestimmenden Nachfrist nachzufordern. Ein Anspruch der Bewerber, dass der Auftraggeber von der Nachforderungsmöglichkeit Gebrauch macht, besteht nicht. Unklare, widersprüchliche oder fehlende Angaben des Bewerbers in den Bewerbungsunterlagen gehen zulasten des Bewerbers.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Südbayern, Regierung von Oberbayern
Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit: - der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe, - der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:
Schulverband Oberstaufen

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Schulverband Oberstaufen

Registrierungsnummer: DE128804333

Postanschrift: Schloßstraße 8

Stadt: Oberstaufen

Postleitzahl: 87534

Land, Gliederung (NUTS): Oberallgäu (DE27E)

Land: Deutschland

E-Mail: josef.aichele@oberstaufen.info

Telefon: +49 83869300347

Internetadresse: www.oberstaufen.info

Profil des Erwerbers: <https://www.staatsanzeiger-eservices.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern, Regierung von Oberbayern

Registrierungsnummer: 0002

Postanschrift: Maximilianstraße 39
Stadt: München
Postleitzahl: 80538
Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de
Telefon: +498921762411
Fax: +498921762847

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: d7c487d4-651d-4b0b-ade6-04a994139256 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 16/06/2025 14:06:27 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 390208-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 114/2025

Datum der Veröffentlichung: 17/06/2025